

SMS – Kurznachrichten – SMS – Kurznachrichten – SMS
2011-01

Inhalt:

1. Privatschulen sind nicht besser – titelt die Frankfurter Rundschau
 2. Wirtschaft in der Schule – neue Broschüre der IG Metall
 3. Nein zur „Schuldenbremse“ – in einem Videospot werden Gründe erklärt
 4. Ganztagschule – Probleme mit der Finanzierung
 5. „Freie Schulen“ stärker gefragt – Trend zur Privatschule hält an
 6. Studiengebühren in Großbritannien – Gefährdung der Geistes- und Sozialwissenschaften
 7. Steuern, Schulden und Skandale – für wen spricht der Bund der Steuerzahler?
 8. Am Rande: Bildung exportieren – wie geht denn das?
-

1. Privatschulen sind nicht besser – titelt die Frankfurter Rundschau

„Das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit hat jetzt der Frankfurter Bildungsökonom Manfred Weiß untersucht – und muss enttäuschen. In einer aktuellen Studie, die im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung entstand und gestern in Berlin vorgestellt wurde, kommt der Autor etwa zu dem Ergebnis, dass allein die privaten Realschulen etwas besser abschneiden. Bei den Gymnasien dagegen hätten die staatlichen Einrichtungen die Nase vorn. Insgesamt aber seien die Leistungsunterschiede „wenig bedeutsam“, so Weiß.“

Aus der FR vom 10.2.2011:

<http://www.fr-online.de/wissenschaft/schule/privatschule-ist-nicht-besser/-/5024182/7176026/-/view/asFirstTeaser/-/index.html>

Die Studie von Manfred Weiß:

<http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/07833.pdf>

2. Wirtschaft in der Schule – neue Broschüre der IG Metall

Die Arbeitgeber wollen ein eigenständiges Fach „Wirtschaft“ an allgemeinbildenden Schulen. Mit solchen Aktivitäten versucht die Wirtschaft schulische Bildungsprozesse zu ökonomisieren. Das „Primat des Politischen“ wird zu einem „Primat der Ökonomie“ umgekehrt. Die IG Metall will diesen Konflikt um die ökonomische Bildung einer größeren Öffentlichkeit aufzeigen und hat dazu die Broschüre „Wirtschaft in der Schule“ vorgelegt.

Zur Broschüre:

http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/SID-0A456501-5A7BAAFD/internet/docs_ig_metall_xcms_168961__2.pdf

Zur Pressemitteilung der IG Metall:

<http://www.igmetall.de/cps/rde/xcchg/SID-0A456501-6016B761/internet/style.xsl/jupo-einfluss-wirtschaftlicher-interessengruppen-in-der-bildung-6687.htm>

3. Nein zur „Schuldenbremse“ – in einem Videospot werden Gründe erklärt

Befürworter der „Schuldenbremse“ argumentieren häufig, dass Schulden zu Lasten der nächsten Generation gehen würden. Dabei wird davon abgesehen, dass nicht nur Schulden, sondern auch Vermögen vererbt werden. Die nächste Generation muss also den gleichen Verteilungskonflikt erleben wie die heutige. Die Schuldenbremse wird schon in Kürze dazu führen, dass die Länder und der Bund sparen müssen (denn von einer gerechten Steuerreform ist nie die Rede). Was passiert, wenn die öffentlichen Haushalte gekürzt werden, erklärt dieser Spot:

<http://www.youtube.com/watch?v=OYslgk5SYVg>

Der Spot und weiteres Material gegen die Schuldenbremse ist auch auf der „Plattform handlungsfähiges Hessen“ zu finden.

<http://www.handlungsfahiges-hessen.de/>

4. Ganztagschule – Probleme mit der Finanzierung

Der Bluff mit der Ganztagschule – so beschreibt die ftd die Misere mit dem Ausbau der Ganztagschulen.

<http://www.ftd.de/wissen/leben/:kinderbetreuung-der-grosse-bluff-mit-der-ganztagschule/50217438.html?mode=print>

5. „Freie Schulen“ stärker gefragt – Trend zur Privatschule hält an

Immer mehr Eltern in Nordrhein-Westfalen schicken ihr Kind auf eine Privatschule. 164.571 Schülerinnen und Schüler besuchen im laufenden Schuljahr private allgemeinbildende Ersatzschulen, wie das Statistische Landesamt NRW mitteilt. Das waren 7,8 Prozent der gesamten Schülerschaft an allgemeinbildenden Schulen. Während die Schülerzahl an privaten Ersatzschulen kontinuierlich steigt – im Schuljahr 2009/10 um 0,3 Prozent-, sinkt die Zahl der Schülerinnen und Schüler in NRW insgesamt (um 1,7 Prozent gegenüber dem Schuljahr 2009/10).

Zur Pressemitteilung des Verband deutscher Privatschulverbände (VDP):

<http://www.privatschulen.de/index.php/presse-journalisten-pressemitteilung/-aus-den-landesverbaenden-mainmenu-73/671-vdp-nrw-freie-schulen-immer-staerker-nachgefragt>

6. Studiengebühren in Großbritannien – Gefährdung der Geistes- und Sozialwissenschaften

Befürworterinnen und Befürworter von Studiengebühren in Deutschland weisen gerne darauf hin, dass die Studiengebühren mit 500.- Euro pro Semester ja sehr moderat und damit auch sozialverträglich sind. Einmal eingeführt, besteht aber die Gefahr, dass sie früher oder später erhöht werden.

In Großbritannien ist man diesen Schritt schon gegangen. Von 1.000 Pfund pro Jahr bei der Einführung 1998 stiegen sie 2006 auf jährlich 3.000 Pfund (=3.500 Euro). Jetzt sollen die Studiengebühren weiter erhöht werden: ab 2012 sollen sie zwischen 6.000 und 9.000 Pfund betragen. Damit wird die soziale Spaltung in der Bildung noch größer werden. Kritikerinnen und Kritiker sehen mit den Geistes- und Sozialwissenschaften ganze Fachkulturen in Gefahr.

http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/aktuell/die_buechse_der_pandora_1.9116643.html

<http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/wie-ein-naiver-trottel/>

<http://www.fr-online.de/wissenschaft/studium/-am-ende-stehe-ich-mit-schulden-da-/-/5027854/7133858/-/view/asFirstTeaser/-/index.html>

7. Steuern, Schulden und Skandale – für wen spricht der Bund der Steuerzahler?

In dieser bereits 2008 erschienen Studie untersucht Rudolf Speth im Auftrag der Hans Böckler Stiftung den Bund der Steuerzahler.

„Der Bund der Steuerzahler nimmt für sich in Anspruch, für alle Steuerzahler zu sprechen, seine Mitgliedschaft besteht aber überwiegend aus Kleingewerbetreibenden und Angehörigen freier Berufe. Diesen Gruppen gilt auch das Hauptaugenmerk seiner politischen Forderungen. ... Der Steuerzahlerbund arbeitet sehr intensiv mit den Boulevardmedien zusammen. Es sind symbiotische Beziehungen zwischen ihm und den Journalisten dieser Medien zu beobachten, auf deren Bedürfnisse die eigenen Handlungsformen zugeschnitten sind.“

Lesenswert!

http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_161.pdf

8. Am Rande: Bildung exportieren – wie geht denn das?

Eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (imove) veröffentlicht regelmäßig neue Marktstudien für den Export von beruflicher Aus- und Weiterbildung. Z. B. nach China: „Die soeben erschienene iMOVE-Marktstudie China leistet eine praktische Orientierungs- und Entscheidungshilfe bei der Markterkundung. Ausgehend von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen beleuchtet die Studie das chinesische Bildungssystem. Dabei konzentriert sie sich auf die berufliche Bildung, den Aus- und Weiterbildungsmarkt und Exportmöglichkeiten, speziell für Anbieter aus Deutschland. Bedeutende Pilotprojekte und Investitionsvorhaben veranschaulichen aktuelle Entwicklungen auf den Bildungsmärkten. Ausführliche Kontaktdaten der relevanten Regierungsstellen, Institutionen und Verbände vor Ort ergänzen die Informationen.“

Insgesamt sind bereits 23 Marktstudien verfügbar. Wer wissen will, wie Bildungsexporte gefördert werden, kann hier weiter lesen:

<http://www.imove-germany.de/marktinformationen-39.html>

Zusammengestellt von Gunter Quaißer am 10. Februar 2011

Bestellen des Newsletters bifi-sms:

<http://www.gew.de/Bifi-Newsletter.html>

Ältere Ausgaben des Newsletters:

http://www.gew.de/Publikationen_Bildung_Politik.html#Section22335
